

L2-Beschluss Digitize Democracy - Lasst uns die Demokratie digitalisieren!

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 22.04.2017
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

Antragstext

427 Die Digitalisierung erhält Einzug in unser Leben, in unsere Gesellschaft und
428 auch in unsere Demokratie. Die neuen Möglichkeiten, die sie uns bietet, müssen
429 wir als Chance begreifen, anstatt ihr nur skeptisch und zögerlich zu begegnen.
430 Die Digitalisierung ermöglicht eine stärkere Beteiligung, mehr Transparenz auf
431 allen Ebenen, Modernisierung und damit auch eine Stärkung der Demokratie.

432 Allerdings birgt die Digitalisierung auch Risiken und Gefahren. Es ist unsere
433 Aufgabe darauf zu achten, dass wir alle von den Neuerungen profitieren, statt
434 von ihnen eingeschränkt zu werden. Es ist an der Zeit, den Fortschritt als Hilfe
435 für den Menschen zu begreifen, anstatt ihn als Werkzeug autoritärer Politik zu
436 missbrauchen. Wir wollen mehr Freiheit, mehr Transparenz und keine
437 digitalisierte Diskriminierung.

438 Informationsfreiheit

439 Die Informationsfreiheit definiert das Recht zur Einsicht in Dokumente der
440 öffentlichen Verwaltung. Damit sind Ämter und Behörden verpflichtet, ihre
441 Dokumente zu veröffentlichen und grundsätzlich allen Personen offen zu legen.
442 Außerdem müssen die Informationen zugänglich gemacht werden, um eine
443 demokratische Kontrolle zu ermöglichen.

444 Informationsfreiheit dient dabei nicht nur der kollektiven Kontrolle, die von
445 Journalist*innen genutzt werden kann, sondern auch der Bekämpfung von
446 Korruption. Transparente Prozesse und Verfahren erlauben dabei die Kontrolle der
447 Behörden bei der Vergabe von Aufträgen. So sichert Informationsfreiheit, dass
448 Behörden im Sinne der Gesellschaft und nicht für Partikularinteressen arbeiten.

449 Mit dem Informationsfreiheitsgesetz können Bürger*innen auch in
450 unveröffentlichte Dokumente Einsicht erhalten, womit die Arbeit der Behörden
451 öffentlicher und transparenter wird. Das Gesetz gewährt jeder Person einen
452 voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen von
453 Bundesbehörden. Eine Begründung durch Interesse rechtlicher, wirtschaftlicher
454 oder sonstiger Art ist nicht erforderlich.

455 Jedoch wird Informationsfreiheit weiterhin als Anhängsel des Datenschutzes
456 betrachtet. Noch immer gilt die Regelung, das Datenschutzbeauftragte auch
457 gleichzeitig die Beauftragten für Informationsfreiheit sind. Allerdings ist das

458 Gebiet des Schutzes der Persönlichkeitsrechte und der Privatsphäre vollkommen
459 unterschiedlich zudem des Grundsatzes der Informationsfreiheit in den
460 öffentlichen Stellen. Die bisherige Personalausstattung reicht nicht einmal aus,
461 um den Aufgaben des Datenschutzes ausreichend gerecht zu werden. Die
462 Informationsfreiheit muss vom Datenschutz entkoppelt und gesondert betrachtet
463 werden. Es braucht eine*n eigene*n Beauftragte*n für Informationsfreiheit, sowie
464 eine eigene Behörde mit entsprechendem Personal.

465 Die Informationsfreiheit erfordert eine Aktivität einer interessierten Person,
466 damit sie den Zugang zur Information erhält. Ganz anders als bei einem
467 Transparenzgesetz: Hier sind Behörden verpflichtet Dokumente allen
468 offenzulegen. Damit werden die jeweiligen Dokumente und Informationen der
469 Öffentlichkeit präsentiert, ohne dass der Zugang von einer Person erst beantragt
470 werden muss oder sich allein auf diese Person beschränkt.

471 Für uns ist ein Transparenzgesetz deshalb eine gute Ergänzung zum
472 Informationsfreiheitsgesetz. Wir fordern eine entsprechende Regelung, die
473 definiert welche Informationen grundsätzlich veröffentlicht werden müssen. Das
474 Ziel sollte darüber hinaus immer die Veröffentlichung sein, solange keine
475 rechtlichen Gründe oder ein unverhältnismäßiger Aufwand dagegen sprechen. Das
476 Recht auf Informationsfreiheit muss davon natürlich uneingeschränkt bleiben. Der
477 offene Zugang zu Informationen muss allen kostenlos möglich sein!

478 Beim Geschäft mit Geheimnissen ist die demokratische Kontrolle umso wichtiger.
479 Dabei ist die parlamentarische Kontrolle alleine nicht ausreichend – die Arbeit
480 der Geheimdienste muss auch von der Gesellschaft überwacht und beeinflusst
481 werden können. Gesetze der Informationsfreiheit müssen deshalb auch für
482 Geheimdienste gelten. Mehr noch, um die gesellschaftliche Kontrolle zu
483 ermöglichen, fordern wir, dass die Menschen endlich Zugriff zu
484 geheimdienstlichen Informationen erhalten. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz
485 muss es möglich sein, Geheimdienste zur Bekanntgabe von Informationen
486 aufzufordern.

487 Zur Bewertung der Zahlungsfähigkeit führen Wirtschaftsauskunfteien wie die
488 Schufa Scores über jede einzelne Person. Diese Scores beurteilen die
489 Kreditwürdigkeit, Liquidität und Bonität einer Person und geben damit anderen
490 Unternehmen eine Entscheidungshilfe, ob sie mit der jeweiligen Person einen
491 Vertrag eingehen möchten oder nicht. Wie sich dieser Score zusammensetzt, bleibt
492 geheim, wodurch er seine Aussagekraft behalten soll. Es kann jedoch nicht sein,
493 dass die Aussagekraft eines Scores allein auf dessen Geheimhaltung beruht.

494 Dabei kann die Ermittlung des Scores auch fehlerhaft oder aufgrund von falschen
495 Informationen geschehen, ohne dass die betroffene Person eine Korrektur
496 einfordern kann. Ebenso bieten diese Scores großes Risiko für Diskriminierung,
497 da nicht ersichtlich ist ob Daten wie Gender, Sexualität, Religion oder Wohnort
498 im Score mit einbezogen werden.

499 Wir fordern daher ein umfassendes und einfach zu nutzendes
500 Auskunftsrecht gegenüber den Wirtschaftsauskunfteien. Für die Betroffenen muss
501 ersichtlich sein, welche Informationen in die Bewertung mit eingeflossen sind
502 und wie diese gewertet wurden. Nur so haben Betroffene die Möglichkeit, Fehler
503 zu korrigieren, sowie Diskriminierung zu erkennen und dagegen vorzugehen.
504 Trotzdem muss klar sein, dass die Bekämpfung der Diskriminierung nie allein die

505 Aufgabe von Betroffenen ist.

506 **Open Data & Open Government**

507 Open Data bezeichnet die Bereitstellung von Daten, die von allen ohne
508 Einschränkungen genutzt, weiterverbreitet und wiederverwendet werden dürfen.
509 Dieses Konzept beruht auf der Annahme, dass die Bereitstellung von offenen Daten
510 zu mehr Transparenz und Zusammenarbeit führt. Open Data ist eine essentielle
511 Voraussetzung für Open Government.

512 Open Government ist ein Sammelbegriff für Konzepte und Ideen, die sich mit der
513 Öffnung des Staates und der Verwaltung beschäftigen. Ziel der Öffnung von
514 Regierung und Verwaltung ist es, für mehr Transparenz und Teilhabe gegenüber der
515 Bevölkerung und der Wirtschaft zu sorgen. Außerdem kann Open Government zu einer
516 intensiveren Zusammenarbeit, mehr Innovation und einer Stärkung
517 gemeinschaftlicher Belange beitragen.

518 Ein wichtiger Aspekt von Open Government ist die Informationsfreiheit, durch die
519 die Transparenz in öffentlichen Behörden erhöht werden soll. Auch das offene
520 Haushaltswesen, sowie eine quelloffene Software sind Open Government Konzepte.

521 Die Bereitstellung offener Haushaltsdaten durch Verwaltungen ist die
522 Voraussetzung dafür, das komplizierte Zahlenwerk zum Beispiel durch
523 Visualisierung einfacher und verständlich zugänglich zu machen. Deshalb ist es
524 wichtig, dass neben der heute schon häufig veröffentlichten PDF auch eine
525 maschinenlesbare Version der Haushaltsdaten zur Verfügung gestellt wird. In
526 Zukunft sollten nur noch Buchhaltungs- & Haushaltsoftware verwendet werden, die
527 einen fehlerfreien Export in offene Formate ermöglicht.

528 Freie Software bietet viele Vorteile gegenüber proprietärer Software. Sie gilt
529 nicht nur als sicherer, weil sie jederzeit überprüft werden kann, sondern spart
530 auch im großen Stil Lizenzgebühren ein. In Behörden und anderen öffentlichen
531 Einrichtungen sollte freie Software deswegen zum Standard werden. Es sollten
532 Ressourcen bereitgestellt werden, um die Software nicht nur zu nutzen, sondern
533 aktiv weiterzuentwickeln und auf die Bedürfnisse der jeweiligen Stellen
534 anzupassen. Generell sollte der Staat ein Interesse daran haben, den Einsatz und
535 die Weiterentwicklung von freier Software zu fördern, da hiervon die ganze
536 Gesellschaft profitiert.

537 Im Bereich Open Data und Open Government hat sich in den letzten Jahren eine
538 aktive Community entwickelt. Die Arbeit von Entwickler*innen, Daten-
539 Journalisten*innen und vielen mehr verdient unsere Wertschätzung. Mit dem bisher
540 verfügbaren Open Data Angeboten schaffen sie bereits heute gesellschaftlichen
541 Mehrwert und zeigen welch großes Potential in offenen Daten steckt. Dieses
542 digitale Ehrenamt wollen wir durch finanzielle Förderung unterstützen. Neben der
543 Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Forschung in diesem
544 Bereich, wollen wir Angebote wie den Prototype Fund, der
545 Softwareentwickler*innen, Hacker*innen und Kreativen ermöglicht, ihre Ideen vom
546 Konzept bis zur ersten Demo zu entwickeln, ausbauen. Desweiteren soll die
547 Benennung von klaren Ansprechpartner*innen in allen Landes- und Bundesbehörden
548 und ein Dialog über die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes, die
549 Kommunikation zwischen Community und Verwaltungen verbessern. Innerhalb der

550 Verwaltung wollen wir eine offenerere Kultur mit mehr Bewusstsein über den Wert
551 offener Daten etablieren.

552 **Online Verwaltung**

553 Der technische Fortschritt hat das Potential unser aller Leben einfacher zu
554 machen. Die Möglichkeit, ein Bankkontos rund um die Uhr online innerhalb weniger
555 Minuten zu eröffnen ist ein Beispiel für bereits eingetretene Erleichterungen.
556 Die Abmeldung einer Wohnung, die Verlängerung eines Ausweises oder die
557 Ausstellung eines Gewerbescheins erfordert dagegen häufig noch die persönliche
558 Anwesenheit in der zuständigen Behörde. Hier werden die technischen
559 Möglichkeiten noch nicht ausreichend innerhalb von Verwaltungen genutzt. Andere
560 europäische Länder wie die Niederlande oder Estland bieten bereits heute die
561 Möglichkeit einen Großteil von Anliegen mit der Verwaltung komplett oder
562 zumindest größtenteils online zu erledigen. Dies muss - natürlich unter der
563 Wahrung des Datenschutzes und ausreichend gesicherten Systemen - auch zeitnah in
564 Deutschland möglich sein. Eine Online-(Open)-ID zur Identität wäre ein wichtiger
565 Schritt um mehr Verfahren zu digitalisieren. Um mehr E-Government Verfahren zu
566 ermöglichen, wollen wir auf freiwilliger Basis ein zentrales Angebot zur
567 digitalen Identifizierung gegenüber Behörden schaffen. Diese Funktion wollen wir
568 dabei aber im Gegensatz zu bisherigen Bestrebungen vom neuen Personalausweis
569 trennen.

570 **Beteiligung**

571 Mehr Partizipation zu ermöglichen ist für uns ein Anspruch an die Politik.
572 Deshalb wollen wir digitale Tools und Plattformen aktiv nutzen, um mehr Menschen
573 an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dafür wollen wir ein zentrales
574 Partizipationsportal schaffen, an das Kommunen, Länder und der Bund angebunden
575 sind, um einen barrierearmen Zugang zu schaffen. Konzepte wie Liquid Feedback,
576 Mängelmelder oder Bürger*innen-Haushalte gibt es bereits. Leider werden diese
577 Partizipationsmöglichkeiten oft nur von wenigen Menschen genutzt und sprechen
578 nur eine bestimmte Zielgruppe an. Wir brauchen mehr Mut, diese auch im größeren
579 Stil auszuprobieren, denn den Dialog zu suchen und die Möglichkeit sich
580 persönlich einzubringen sind Grundpfeiler unserer Demokratie.

581 Gleichzeitig müssen wir allerdings auch sicher stellen, dass die
582 Partizipationsmöglichkeit nicht nur von einigen wenigen Privilegierten genutzt
583 werden und nur den Einfluss von auch jetzt schon aktiven Bürger*innen fördern.
584 Wir fordern deswegen eine verbindliche und kritische Auswertung der
585 Partizipationsmöglichkeiten, um diese Probleme zu beheben und Barrieren
586 abzubauen. Wir wollen mehr Mut, Projekte anzustoßen, die eine breite Beteiligung
587 der Gesellschaft durch demokratische Innovationen ermöglicht.

588 Wir glauben, dass sich das Verständnis von und der Anspruch an Beteiligung und
589 Demokratie durch die Digitalisierung bereits verändert hat und weiter verändern
590 wird. Darauf müssen sich alle Beteiligten einlassen. Wir wollen diesen Weg mit
591 der nötigen Offenheit gehen, aber auch im Bewusstsein, dass die Veränderung für
592 die Beteiligten innerhalb von Verwaltungen durchaus herausfordernd sein können,
593 da sich die langjährig gelebte Praxis schnell und deutlich verändert. Um die
594 technischen Grundlagen zu schaffen, sollen wo nötig mit öffentlichen Ressourcen
595 die benötigten Tools entwickelt oder Bestehende verbessert werden und
596 selbstverständlich unter einer freien Lizenz zur Verfügung gestellt werden.

597 **Big Data & Algorithmen**

598 Als GRÜNE JUGEND stehen wir der Digitalisierung, sowie den technischen
599 Neuerungen grundsätzlich offen gegenüber. So halten wir es für fahrlässig, Big
600 Data per se als böse oder schädlich zu bezeichnen. Methoden der Analyse großer
601 Datenmengen erleichtern unsere Arbeit und ermöglichen viele neue Angebote.
602 Besonders in der Wissenschaft, wo Sensoren immer mehr Daten aufnehmen und
603 erzeugen, werden die Big-Data-Methoden immer wichtiger. Daher muss Big Data
604 nicht nur als Fortschritt betrachtet werden, es ermöglicht ihn gar. Wir sehen in
605 Big Data vorallem eine Chance, die es sinnvoll einzusetzen gilt.

606 Jedoch darf nie ausser acht gelassen werden, dass mit Big-Data-Methoden oft auch
607 personenbezogene Daten verarbeitet werden. Die massenhafte Verarbeitung dieser
608 personenbezogenen Daten lässt leicht vergessen, dass hinter jedem Datensatz
609 immer noch ein Mensch steht. Ein Bewusstsein darüber, welche Systeme mit
610 personenbezogenen Daten arbeiten, wie diese genutzt werden und wo sie sich
611 befinden, ist wichtig, aber oft nicht vorhanden. Die Stärkung des Datenschutzes
612 ist gerade jetzt wichtiger denn je. Die Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes
613 zur europäischen Datenschutzgrundverordnung laufen für uns deshalb in eine
614 falsche Richtung. Wir wollen nicht noch mehr Überwachung, stattdessen muss der
615 große Erfolg der europäischen Datenschutzgrundverordnung konsequent umgesetzt
616 werden.

617 Big Data Systeme bestehen aus verschiedenen Algorithmen, mit denen große
618 Datenmengen verarbeitet werden können und ein Algorithmus beschreibt
619 Handlungsschritte zur Lösung eines Problems. Initiativen wie Algorithm Watch
620 fordern Einsicht in diese Algorithmen - besonders bei jenen, die
621 personenbezogene Daten für ihre Verarbeitung heranziehen. Schon länger fordern
622 Netzaktivist*innen Google dazu auf, den Suchalgorithmus offen zu legen. Nur so
623 herrscht Klarheit darüber, inwiefern die eigenen personenbezogenen Daten genutzt
624 werden und welche andere Faktoren dabei eine Rolle spielen. Die Kontrolle von
625 Algorithmen und eine offene Einsicht ist sehr wichtig, damit Klarheit darüber
626 besteht, inwiefern Algorithmen unser Leben bestimmen. Wir fordern daher mehr
627 Transparenz und die Einhaltung von Open-Source-Standards bei Algorithmen.
628 Zusätzlich fordern wir eine Transparenzpflicht für Algorithmen, die mit
629 personenbezogenen Daten arbeiten.

630 Bei all den positiven Einsatzmöglichkeiten von Big Data Methoden muss allerdings
631 auch die Gefahren wie etwa durch Persuasive Computing beachtet werden. Dabei
632 werden Big Data Methoden mit psychologischen Effekten verbunden, womit das
633 Beurteilungs- und Entscheidungsverhalten von Menschen bestimmend beeinflusst
634 werden kann. Anstatt jedoch Persuasive Computing verbieten, wollen wir die
635 Digitale Kompetenz stärken und darüber aufklären, wie solche Methoden
636 funktionieren und die Bürger*innen dazu befähigen, sie zu erkennen.

637 Von der Digitalisierung können wir nur profitieren, wenn wir auf sie vorbereitet
638 sind. Deshalb ist die Förderung der Kompetenz für die digitalen Medien
639 essentiell - sie hilft uns, souverän im Zeitalter des Internets zu bleiben und
640 die Kontrolle nicht zu verlieren. In den Schulen müssen die Schüler*innen
641 deshalb stärker über die digitalen Medien aufgeklärt werden und klar gemacht
642 werden, weswegen der Datenschutz so wichtig ist.

643 Nur so ist es möglich, Technik als Chance zu begreifen. In den

644 gesellschaftlichen Umbrüchen und Lernprozessen rund um die Digitalisierung wird
645 es immer wieder zu Fehler oder zu Problemen kommen. Es ist jedoch falsch, sie
646 deshalb zu verbieten oder Technologien zu verteufeln. Ein respektvoller und
647 kritischer Umgang mit der Digitalisierung ist notwendig - Angst jedoch hemmt den
648 Fortschritt, den wir als Gesellschaft brauchen und der sich uns durch die
649 Digitalisierung bietet.

Begründung

Mündlich.

Zur Überwachung, der Antrag vom 47. Bundeskongress: <https://bv.antrag.gruene-jugend.de/buko47/motion/228>